

24/1996

## Der Bürger soll im Wahljahr 1998 wissen, was auf ihn zukommt

● Ziel der von der Koalition aus CDU/CSU und FDP geplanten Steuerreform ist eine deutliche Entlastung des Steuerzahlers.

● Die Staatsverschuldung darf sich dabei auf keinen Fall erhöhen.

● Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird es in dieser Legislaturperiode nicht geben.

● Die neuen Bundesländer brauchen auch weiterhin unsere Hilfe und Unterstützung.

Die vier Sätze sind „amtlich“, selbst wenn die steuerpolitische Diskussion dieses Sommers den Eindruck erweckt, als wären anderslautende Überlegungen sofort auch schon Beschlüsse, die etwas anderes festlegen.

Der Bundeskanzler hat das in einem Interview mit „Bonn direkt“ unmißverständlich klargestellt. Auch an dem ursprünglich vorgesehenen Zeitplan hat sich nichts geändert:

▶ Die unter Vorsitz von Bundesfinanzminister Theo Waigel arbeitende Steuer-

reform-Kommission wird ihre Vorlage bis Ende dieses Jahres fertigstellen.

▶ Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende 1997, spätestens Anfang 1998 abgeschlossen sein.

▶ Die Steuerreform wird spätestens am 1. Januar 1999 in Kraft treten.

**Kanzleramtschef Friedrich Bohl: Der Bürger soll im Wahljahr 1998 wissen, was auf ihn zukommt.**

Die steuerpolitische Diskussion ist also gewollt – zwar ohne Dogma (Helmut Kohl) und ohne Tabu (Friedrich Bohl); ohne Sinn und Verstand für das, was sich verwirklichen läßt, jedoch nicht.

Helmut Kohl: „Laß’ doch die Vorschläge auf den Tisch kommen. Bloß, die Vorschläge müssen so sein, daß sie sich realisieren lassen.“

Schließlich: Die Vorschläge müssen für das allererste Ziel geeignet sein, das wir erreichen wollen, für mehr Wachstum und Beschäftigung. ■

## Was dieses Bild suggeriert

„Das Sommerplakat vor dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus zeigt, wie sich die Partei gern sieht: Bunt gekleidete Kinder turnen auf drei überdimensionalen Buchstaben herum: ‚CDU‘. Das Bild suggeriert: Uns gehört die Zukunft. Das Plakat und die politische Konzentration der Union auf die Zukunfts- und Standortfrage passen nicht zufällig so gut zusammen.“



### HEUTE AKTUELL

#### ● Berufliche Bildung

Lehrstellenhemmnisse abbauen – Zukunftschancen sichern. Zehn Punkte zur Reform der beruflichen Bildung. Beschluß des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur. Seite 3–7

#### ● Kommunikation

Bundeskabinett beschließt Programm „Information als Rohstoff für Innovation“. Seite 8–9

#### ● Umweltpolitik

Den Gewässerschutz weiter vorantreiben – Kosten senken. Seite 10–11

#### ● Bundesfachausschuß

Bekämpfung der Scientology Organisation – eine Frage der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie. Beschluß des Bundesfachausschusses Innenpolitik. Seite 29–34

#### ● Konrad-Adenauer-Stiftung

Archiv für Christlich-Demokratische Politik: 20 Jahre erfolgreiche Arbeit. Seite 35–36

#### ● CDU Niedersachsen

Bildungsinvestition ist Zukunftsinvestition. Die Lage,

das Versagen der SPD und die Alternativen der CDU. Eine Argumentationshilfe, die auch bundesweit Beachtung findet. Seite 37–38

Niedersachsens Kommunalwahlkampf läuft auf Hochtouren. Seite 39

#### ● Dokumentation

Die Rolle der Bundeswehr in einer sich wandelnden Welt und Gesellschaft. Beschluß des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik. Grüner Teil

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot 3/96. Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil.



# Lehrstellenhemmnisse abbauen – Zukunftschancen sichern

Das deutsche Berufsbildungssystem der „dualen Ausbildung“ in Schule und Betrieb war in der Vergangenheit erfolgreich wie kein anderes auf der Welt. Belege dafür sind u. a. die im Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeitsquote, die in der Europäischen Union nur noch von Luxemburg unterschritten wird, und der in der Vergangenheit nahezu problemlose Übergang von der beruflichen Bildung in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Ohne Zweifel ist das duale System eines der zentralen Erfolgselemente für unseren wirtschaftlichen Aufstieg in der Vergangenheit. Die CDU hat dieses System stets gegen Angriffe des politischen Gegners verteidigt. Seine Stärkung ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. In ihrem Bildungspolitischen Programm vom September 1993 hat die CDU dies noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht.

Zur Stärkung des dualen Systems gehört es, jene Signale zu erkennen, die die Notwendigkeit einer Anpassung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung verdeutlichen.

Dazu gehören folgende Fakten:

- 10 bis 15 Prozent eines Altersjahrganges sind heute ohne eine abgeschlossene, qualifizierte Berufsausbildung.
- Die berufliche Bildung ist für zu viele junge Menschen zu einer Durchgangsstation in Richtung Studium geworden. Bereits über ein Drittel aller Studienanfänger verfügt heute über eine berufliche Vollqualifi-

kation. Diese Entwicklung bindet beträchtliche Ausbildungskapazitäten im dualen System, ohne die Fachkräftebasis für die Betriebe dauerhaft zu erweitern.

- Berufsausbildung hat es zunehmend schwer, sich dem schnellen und innovativen Wandel der Arbeitswelt anzupassen und mit den neuen Erfordernissen Schritt zu halten. Nicht zuletzt hierin ist ein Grund dafür zu sehen, daß die Ausbildungsbereitschaft vor allen Dingen in der Großindustrie, im Handel, aber auch in der öffentlichen Verwaltung nachläßt.

## Beschluß des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur der CDU

- Vor einer besonderen Bewährung steht das duale System in den neuen Bundesländern. 1995 lag der Anteil der Ausbildungsverträge, die mit öffentlicher Förderung realisiert wurden, bei 65 Prozent. Diese Quote muß durch Stärkung und Ermutigung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern deutlich zurückgeführt werden.

- Insgesamt bildet in Deutschland nur rund ein Drittel aller Betriebe Lehrlinge aus.

Handlungsbedarf im Bereich der beruflichen Bildung ist offenbar. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Anstrengungen der CDU-geführten Bundesregierung, die sich im „Perspektivbericht Berufliche Bildung“ und, gemeinsam mit den Sozialpartnern, im „Zukunftsbündnis Lehrstellen“ widerspiegeln. Wichtige Fortschritte für die ak-



tuelle Situation erwarten wir von den Gesprächen, zu denen der Bundeskanzler Anfang September die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern sowie der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft und des Bundesverbandes der Freien Berufe eingeladen hat.

Gerade angesichts einer wachsenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen kommt es in erster Linie darauf an, durch gemeinsame Anstrengungen das jetzige Ausbildungsplatzangebot erheblich zu

## Für eine leistungsstarke und zukunftsfähige Berufsbildung:

### 10 Punkte zur Reform der beruflichen Bildung

steigern und so eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Vor allem geht es um betriebliche Ausbildungsplätze, die hinsichtlich Praxisnähe, Qualität und der höheren Arbeitsplatzchancen die positiven Charakteristika des dualen Systems darstellen. Durch eine bessere Berufsberatung, auch bereits in den allgemeinbildenden Schulen, ist die Orientierungsfähigkeit der Jugendlichen auf ihren Berufsweg zu fördern.

In diesem Jahr werden 620.000 neue Ausbildungsplätze benötigt, bis zum Jahr 2006 wird diese Zahl auf rund 705.000 wachsen. Das duale System kann diese Herausforderung nur durch eine gleichzeitige Modernisierung und Attraktivitätssteigerung meistern. Dazu sind folgende Schritte notwendig:

**1.** Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung müssen ihre Zusage vom März 1995, das Ausbildungsplatzangebot

um 10 Prozent zu steigern, unbedingt einhalten. Von dieser zugesagten 10prozentigen Steigerung sind im vergangenen Jahr zwei Prozent erreicht worden. Wir fordern deshalb die Wirtschaft auf, ihre Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels deutlich zu intensivieren. Gleichzeitig fordern wir Länder und Kommunen auf, dem Beispiel der Bundesverwaltung zu folgen, die in diesem Jahr die Anzahl der hier angebotenen Ausbildungsstellen um 5 Prozent ausweiten will.

**2.** Parallel müssen Ausbildungshindernisse abgebaut und Rahmenbedingungen, die gerade kleineren und mittleren Betrieben Ausbildung ermöglichen, verbessert werden. Insbesondere Ausbildungsverbünde können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Ausbau und Modernisierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten können dies weiter unterstützen.

Die Länder müssen dafür unter Berücksichtigung von Wirtschaftsstruktur, Tradition und regionaler Spezifika eigene Wege finden.

Betriebliche Ausbildung wird heute mehr denn je unter Kostengesichtspunkten gesehen und bewertet. Entgegen anderslautenden Meldungen haben Untersuchungen in der Vergangenheit gezeigt, daß der Nutzen der betrieblichen Ausbildung für die Unternehmen allerdings weitaus größer ist als die dafür erforderlichen Aufwendungen. Um dies breiter herauszustellen, sind weitere Informationsanstrengungen durch Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften notwendig.

**3.** Die Berufsschulen müssen in der Vermittlung von allgemeinbildenden, fachtheoretischen und fachpraktischen Inhalten gestärkt werden. Dazu brauchen sie eine Ausstattung, die sie dazu sowohl von der personellen als auch von der sachlichen Seite in die Lage versetzt. Hierbei



denken wir insbesondere auch an die schnelle Integration moderner Technologien im Berufsschulalltag.

Gleichzeitig betonen wir: Jeder, der eine Stärkung der beruflichen Bildung will, muß die Berufsschulen dazu befähigen, neben fachlicher auch soziale und humane Handlungskompetenz (Teamfähigkeit, Menschenführung) zu vermitteln. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung darf dieser Aspekt des schulischen Teils der Berufsbildung nicht zurücktreten.

**4.** Als wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Lehrlingsausbildung wird seit einiger Zeit auch die Neuordnung der Finanzierung angesehen. Der Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur der CDU ist der Auffassung, daß eine Umlagefinanzierung der Berufsbildung kein geeignetes Instrument ist, künftig ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sicherzustellen. Eine Neuregelung der Berufsbildungsfinanzierung in Form einer Umlage der betrieblichen Berufsbildungskosten – auch in Form eines Lastenausgleichs zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben – stellt einen empfindlichen Eingriff in das duale System mit unabsehbaren Folgen für seine Struktur dar. Eine Umlagefinanzierung würde zu neuen, zusätzlichen Belastungen für die Betriebe führen, die diese Umlage zahlen müßten. Es geht darum, die Lohnnebenkosten zu senken – und nicht zu erhöhen –, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu stärken. Bei allen Abgaben besteht auch die Gefahr des „Freikaufens“, eine Erhöhung des betrieblichen Angebotes ist daher unwahrscheinlich. Der zu erwartende erhebliche Verwaltungs- und Kostenaufwand – auch in der dann erforderlichen Planungsbürokratie in der Arbeitsverwaltung – stünde in keinem Verhältnis zu ei-

nem äußerst unwahrscheinlichen Nutzen. Der Bundesfachausschuß begrüßt jedoch, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbart haben, in Kürze über Kostentlastungen für Ausbildungsbetriebe zu sprechen. Dies scheint uns vor allem auf dem Hintergrund der Tatsache dringend notwendig, daß heute nur noch etwa ein Drittel aller Betriebe ausbilden. In der Lösung der Frage einer nachhaltigen Kostentlastung liegt für den Bundesfachausschuß ein Schlüssel, um die Zahl der ausbildenden Betriebe deutlich zu erhöhen. Ziel der jetzt aufgenommenen Gespräche zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften muß es sein, zu einer Regelung zu kommen, die zu einer Kostentlastung der Ausbildungsbetriebe beiträgt, ohne die wirtschaftliche Situation der Einzelbetriebe aus den Augen zu lassen.

**5.** Die Berufsschule mit 12 bzw. 14 Unterrichtsstunden pro Woche hat sich bewährt. Wir brauchen allerdings dringend neue Organisationsmodelle, die die Verweilzeit der Auszubildenden in den Betrieben erhöhen. Ziel muß es sein, daß der Berufsschulunterricht, über die Gesamtlänge der Ausbildung gerechnet, so organisiert wird, daß er in zwei Wochen nicht mehr als drei Unterrichtstage in Anspruch nimmt. Dies kann beispielsweise durch eine Verlängerung des Berufsschulunterrichts auf 9 Unterrichtsstunden im 1. Lehrjahr erreicht werden, um im 2. und 3. Ausbildungsjahr den zweiten Berufsschultag entbehrlich zu machen. Ein weiteres Beispiel ist die Einführung von Blockunterricht mit dem Ziel einer branchenspezifischen oder jahreszeitlichen Rhythmisierung des Berufsschulunterrichtes.

Dort, wo die Möglichkeit besteht, sollte der Berufsschulunterricht auch mit Blick auf die Vorbildung der Auszubildenden differenziert werden.

Gleichzeitig begrüßen wir die Absicht der



## Bundesanstalt für Arbeit startet Kampagne „Ausbildung für alle“

**In einem Endspurt wollen die Arbeitsämter bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres Ende September noch möglichst viele Lehrstellen ausfindig machen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, startete jetzt die Kampagne „Ausbildung für alle“.**

Die Arbeitsämter sollen noch einmal „alle Kräfte mobilisieren“. Jagoda selbst wird mehrere tausend Betriebe anschreiben und sie um weitere Ausbildungsplätze bitten. Ende Juli hatten noch rund 180.000 Jugendliche keine Lehrstelle. Die Arbeitsämter werden bei Unternehmen nochmals telefo-

nisch um Lehrstellen werben, berichtete die Bundesanstalt weiter. Am 18. September schwärmen auf der Suche nach Ausbildungsplätzen alle Berufs- und Arbeitsberater aus. Für Arbeitgeber, die telefonisch eine freie Lehrstelle melden wollen, wird ab 12. August montags bis freitags die gebührenfreie Telefonnummer 01 30/10 82 (Fax: 01 30/10 83) geschaltet.

„Wir können die Bedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht verändern, aber wir werden alles tun, um den Markt für unsere Jugendlichen voll auszuschöpfen“, meinte Jagoda.

Bundesregierung, die Anwendung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf jugendliche Auszubildende zu beschränken. Die Mehrheit der Auszubildenden ist heute 18 Jahre und älter. Die Ausdehnung der Freistellungsvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf diesen Personenkreis ist ein ernsthaftes Ausbildungshindernis.

**6.** Wir brauchen ein Berufsbildungssystem mit zukunftssträchtigen Aus- und Weiterbildungsangeboten, das rasch und flexibel auf Veränderungen in der Arbeitswelt reagieren kann. Die jetzt eingeleiteten Schritte zur beschleunigten Neuordnung und Überarbeitung der Ausbildungsordnungen waren dringend notwendig und müssen durch die Entwicklung neuer Berufe in Beschäftigungsfeldern mit Wachstumspotentialen fortgesetzt werden. Beispiel können hier die neuen Multimedia-Ausbildungsberufe sein, die zum 1. August 1996 in Kraft getreten sind.

Daneben sind durch Tradition geprägte

Berufe vor allem dann zu fördern, wenn sie deutsche Handwerkskunst markieren und als Lehrberufe gefragt sind.

Der Aspekt des lebenslangen Lernens verlangt auch eine stärkere Beachtung in der Berufsbildung, etwa durch eine bessere Verzahnung von Erst- und Weiterbildung. Das in der betrieblichen Erstausbildung vermittelte Wissen veraltet heute schneller denn je. Deshalb muß in Zukunft zur Sicherung der Qualifikation der Mitarbeiter die Erstausbildung von einer sorgsam darauf abgestimmten Weiterbildung ergänzt werden.

**7.** Auch in der beruflichen Ausbildung stehen wir durch die fortschreitende Einigung in der Europäischen Union vor neuen Herausforderungen. Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union verlangt auch von der beruflichen Bildung, daß sie sich, etwa in sprachlicher Hinsicht, dieser Herausforderung stellt und den jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die



notwendigen Qualifikationen für die Herausforderungen eines europäischen Arbeitsmarktes vermittelt. Darum gebührt auch der Attraktivität, Stabilität und Förderung des dualen Berufsbildungssystems an den EU-Außengrenzen eine besondere Aufmerksamkeit. Dies muß Niederschlag in den Inhalten der beruflichen Bildung finden. Ebenso muß die Frage der Einstufung der beruflichen Abschlüsse auf europäischer Ebene neu diskutiert werden.

**8.** Wir brauchen eine stärkere Differenzierung, um mehr Leistungsgerechtigkeit zu erzielen, möglichst vielen jungen Menschen ein adäquates Ausbildungsangebot zu machen und die Attraktivität der dualen Ausbildung zu steigern.

Für leistungsschwächere Jugendliche mit bisher geringen Ausbildungschancen dürfen kürzere Ausbildungsgänge (2 Jahre) mit stärker praktisch ausgerichteten Anforderungsprofilen und Stufenausbildungen kein Tabu mehr sein, wenn wir ihnen damit Beschäftigungschancen vermitteln können. Die Möglichkeit zum späteren Erwerb weiterer Zusatzqualifikationen sollte dabei ausdrücklich vorgesehen sein.

Im Gegenzug brauchen leistungsfähigere Jugendliche auch in der Berufsausbildung attraktivere Angebote, aber vor allem Aufstiegsperspektiven im Berufsleben selbst.

Berufliche Bildung muß klare Karrierechancen eröffnen. Für beruflich qualifizierte, die einen Meisterabschluß oder einen gleichwertigen Weiterbildungsabschluß vorweisen können, brauchen wir einheitliche Regelungen für den Hochschulzugang.

**9.** Vor diesem Hintergrund müssen insbesondere auch Angebote alternativer und praxisnaher Ausbildung im tertiären Bereich ausgebaut werden, z. B. duale Studiengänge an Berufsakademien und kooperative Studiengänge an Fachhochschulen. So kann ein Angebot für den sinnvollen Erwerb von Praxis und Berufserfahrung während eines Studiums aufgebaut werden, auch als attraktive Alternative zu dem zeit- und kostenaufwendigen Modell eines Studiums nach der Lehre.

**10.** Wirtschaft und vor allem öffentlicher Dienst müssen in der Gestaltung der Laufbahnen der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildungsanschlüsse und der Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung Rechnung tragen. Absolventen des dualen Systems sollte der Zugang zum mittleren Dienst, Absolventen einer anerkannten Fortbildung der Zugang zum gehobenen Dienst ermöglicht werden.

## **Seminar zur Gewaltbereitschaft von Jugendlichen**

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. führt am 21. 9. 1996 in Magdeburg ein Seminar durch, in dem die Gründe und Ursachen für gewaltbereites Verhalten von Jugendlichen herausgearbeitet werden. Im Rahmen von Gesprächsrunden und Kurzreferaten wird unter anderem auch der The-

menkreis „Gewalt und die Rolle der Frauen – ist Gewalt wirklich eine reine Männersache?“ behandelt. Nähere Informationen, Programme und Anmeldeformulare sind erhältlich in der Bundesgeschäftsstelle von **Frischluft e.V., Annaberger Str. 283, 53173 Bonn, Fax (02 28) 31 47 03, Tel. (02 28) 31 00 23.**



## Bundeskabinett beschließt Programm

# „Information als Rohstoff für Innovation“

**Das Bundeskabinett hat am 14. August das Programm „Information als Rohstoff für Innovation“ beschlossen. Im Zentrum des neuen Programms steht die Nutzung von Informationen. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie wird zwischen 1996 und 1999 rund 286 Mio. DM dafür aufwenden.**

Der Mitteleinsatz der Bundesregierung insgesamt wird sich in dieser Zeit auf etwa 1,9 Mrd. DM belaufen. Der Großteil der Mittel fließt in den Bereich der Literatur- und Faktendatenbanken in den jeweiligen Zuständigkeiten der Bundesressorts.

Wissen ist schon heute – neben Arbeit und Kapital – unser wichtigster Produktionsfaktor. Wissen ist der Rohstoff für Innovationen und damit Ausgangspunkt für unsere zukünftige technologische Leistungsfähigkeit und Beschäftigung in Deutschland. Mit dem neuen Programm der Bundesregierung werden zugleich entsprechende Empfehlungen des Rates für Forschung, Technologie und Innovation umgesetzt. Das Ziel heißt: Multimedia möglich machen.

Die Förderung der Informationsnutzung ist eine von drei Säulen einer Politik, die Deutschlands Position in der globalen Informationsgesellschaft sichern soll:

- Säule eins unserer Politik betrifft die Rahmenbedingungen für Multimedia in Deutschland. Das beginnt bei der Forschungsförderung und reicht bis zur Gestaltung der Rechtsordnung, vor allem mit dem Multimedia-Rahmengesetz des Bundes.

- Säule zwei dient dem Ziel, Impulse zum Aufbau der notwendigen Infrastrukturen zu geben. Mit dem im März 1996 gestarteten Ausbau des deutschen Wissenschaftsnetzes zu einem Breitbandnetz schaffen wir in Deutschland das größte und schnellste einheitliche Wissenschaftsnetz der Welt.

- Mit dem heute beschlossenen Programm wollen wir erreichen, daß diese – wie auch andere – innovativen Informationsinfrastrukturen in einer Art genutzt werden können, die wiederum Spitzenstellung im Weltmaßstab beanspruchen kann. In die gleiche Richtung zielt unsere Initiative „Schulen ans Netz“. Zusammen mit dem heute vorgestellten Programm bilden Maßnahmen dieser Art die Säule drei unserer Multimedia-Politik.

### Optimaler Zugang für alle

Das zentrale Ziel des Programms ist es, daß jeder Wissenschaftler und Techniker, der in Deutschland arbeitet, von seinem Computer aus einen optimalen Zugang zu den weltweit vorhandenen elektronischen und multimedialen Volltext-, Literaturhinweis-, Fakten- und Softwareinformationen erhält. **Stichwort: Globale digitale Bibliothek.**

In Zukunft sollen Wissenschaftler und Techniker nach einer Literaturrecherche die gefundene Literatur sofort als Volltext am PC lesen können. Hierfür ist eine weltweite Vernetzung der Literaturdatenbanken erforderlich.

Solche vernetzten globalen elektronischen Bibliotheken existieren noch nicht. Des-



halb fördert das BMBF Projekte zur Entstehung neuer Strukturen, mit denen die Möglichkeiten von Multimedia ausgeschöpft werden.

Ein Entwicklungskonsortium aus Fachgesellschaften, Verlagen, Hochschulen und Pilotanwendern existiert bereits. Das Konsortium kooperiert mit internationalen Partnern.

Ebenso wichtig wie die Nutzung der weltweit vorhandenen Information ist umgekehrt auch die Aufbereitung und Vermarktung des in Deutschland entstehenden Wissens. **Stichwort: Elektronisches Publizieren.**

Die neue Möglichkeit, daß eine Publikation einmal und nur an einer Stelle elektronisch für eine weltweite Nutzung bereitgestellt werden kann, verändert die bisherige Arbeitsteilung zwischen Autoren, Wissenschaftsgemeinde, Fachverlagen, Fachbuchhandel, Fachinformationseinrichtungen und wissenschaftlichen Bibliotheken.

Auch für diesen Bereich des elektronischen Publizierens in Wissenschaft und Technik sollen optimale Strukturen in Deutschland geschaffen werden. Dazu müssen ebenfalls neue Verbindungen zwischen Verlagswesen, Kommunikationstechnik und Wissenschaft entstehen.

Dies fördern wir im Rahmen des Modellprojekts „Der elektronische Verlag“. Hier wird der Publikationsprozeß vom Verfasser eines Textes bis hin zum Nutzer voll elektronisch und papierlos realisiert.

## Trotzdem keine Euphorie

Bundeswissenschaftsminister **Jürgen Rüttgers:** „Wir bewegen uns mit diesen Maßnahmen auf einem schmalen Grat zwischen gewachsener kultureller Identität und neuen technologischen Möglichkeiten. Dessen sind wir uns bewußt. Wir dürfen nicht auf der einen Seite hin zu sentimentaler Pflege alter Formen abrutschen. Aber wir wollen uns auch davor hüten, in

technologiegetriebener Euphorie die Vorteile und Stärken unserer bewährten Buchkultur zu verschütten. Die Bundesregierung geht mit den Beteiligten davon aus, daß auch in Zukunft der gedruckte und der elektronische Informationsmarkt nebeneinander bestehen werden.“

## Kommentar

### Zugreifend

*Wir stehen in der Kommunikationstechnologie vor einer Revolution, deren Folgen die von Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks in den Schatten stellen dürften. Es ist gut, daß die Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat und mit ihrem Förderprogramm das zu gestalten sucht, was sich eh durchsetzen wird – ob es einem nun paßt oder nicht.*

*Die Welt-Bibliothek – für den einzelnen wie für die weltweite Gemeinde der Wissenschaftler ist dies eine bestrickende Perspektive, die der Forschung und der Zusammenarbeit ungeahnte Möglichkeiten eröffnet. Freilich dürfen auch die Gefahren solcher Entwicklung nicht übersehen werden. Zwar sollen die neuen Techniken auch dem Normalbürger zur Verfügung stehen. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß sie vor allem einer kleinen elitären Gruppe zugute kommen. Diese kann dann vielleicht ihre Informationsvorsprünge dazu nutzen, sich Vorteile zu verschaffen, die für andere unerreichbar bleiben.*

*In Bonn wird auch – woher dieser Optimismus? – versichert, die digitale Bibliothek bedeute nicht das Ende des Buches. In der Tat ist die Vorstellung, daß künftige Leser vorzugsweise auf den Bildschirm ihres PC starren, nicht berückend. Auch wenn's sentimental klingt: Mit dem Buch ginge ein gewaltiges Stück alteuropäischer Kulturidentität verloren.*

**Kölner Stadt-Anzeiger**



# Den Gewässerschutz weiter vorantreiben – Kosten senken

**Anlässlich eines Pressegesprächs zu aktuellen umwelt- und energiepolitischen Fragen erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill:**

In den vergangenen Jahren wurden beträchtliche Erfolge beim nationalen und internationalen Gewässerschutz erzielt. Zum Teil wurden die Schadstoffbelastungen drastisch gesenkt, was nicht zuletzt der „Jahresbericht der Wasserwirtschaft 1995“ wieder einmal eindrucksvoll belegt. Trotzdem bleibt der Gewässerschutz eine zentrale Aufgabe der Umweltpolitik, wollen wir dauerhaft die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Zugleich haben gerade in den letzten Jahren Vorschriften wie die Einführung der 3. Reinigungsstufe zum Schutz der Nordsee und auch der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur in den neuen Bundesländern hohe Investitionen erfordert. Hinzu kommen erhebliche Kosten in alten wie neuen Bundesländern für die Sanierung oder Erneuerung alter Kanalisationsanlagen.

Dies hat nicht zuletzt zu einer zum Teil deutlichen Belastung von Bürgern und Unternehmen bei den Abwassergebühren geführt. Die Politik ist deshalb aufgefordert, die Belastungen von Bürger und Wirtschaft mit Gebühren in vertretbaren Grenzen zu halten und zugleich die entsprechenden umweltrechtlichen Anforderungen zu erfüllen. Bund, Länder und Gemeinden müssen erhebliche Anstrengungen unternehmen und gemeinsam handeln. Insbesondere die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe hierfür erarbeiteten Ansätze zur Kostenverminderung müssen jetzt schnellstmöglich umgesetzt werden, um

einen effizienten Gewässerschutz, der ökologische und ökonomische Erfordernisse in Einklang bringt, durchzusetzen.

## **Im einzelnen sollten folgende Ansätze zur Kostenverminderung verfolgt werden:**

- Gerade unter dem Aspekt der Kostenersparnis und Kostentransparenz müssen die Kommunen vorurteilsfrei prüfen, ob sich durch eine Privatisierung von Bau und/oder Betrieb der Abwasseranlagen eine günstigere Kosten- und Gebührenstruktur ergibt. Im Zweifelsfall sollte die Durchführung der Abwasserentsorgungspflicht ausgeschrieben werden.
- Um im Wettbewerb vergleichbare Ausgangsbedingungen für öffentliche und private Anbieter zu schaffen, sollte baldmöglichst eine steuerliche Gleichstellung erfolgen.
- Zentrale und dezentrale Abwasserbehandlungsanlagen sind für ein Entwässerungsgebiet sorgfältig alternativ zu untersuchen, um die preisgünstigste Lösung zu finden. Gerade im Außenbereich kann sich oftmals an Stelle zentraler Abwasseranlagen der Bau kleiner Kläranlagen bis zu 500 Einwohnern oder die Einrichtung von Kleinkläranlagen für einzelne Grundstücke anbieten. Die technische Gestaltung der Abwasseranlagen ist ebenfalls alternativ zu untersuchen.
- Bei der Ausweisung von Baugebieten sind die Kommunen aufgefordert, die Kosten für die Abwasserentsorgung sorgfältig zu prüfen. Insbesondere eine weitläufige Bebauung und die großzügige Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen wirken sich besonders kostentreibend aus. Sie sollten daher sorgfältig auf ihre Reali-



## Kommunen auf Reformkurs

**A**m 11. und 12. September veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Kongreß „Kommunen auf Reformkurs – Wie zukunftsfähig sind unsere Städte und Gemeinden für die Europäische Union?“ im Gästehaus Petersberg, 53639 Königswinter/Petersberg.

Im Mittelpunkt des Kongresses stehen kommunale Perspektiven europäischer Zukunftssicherung, z. B.:

- Das nächste Jahrhundert – Ein Jahrhundert der Kommunen (Prof. Dr. Hermann Hill, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer).
- Neues Führungsmanagement in der Erprobung: Reformbilanz bei

Städten, Gemeinden und Kreisen (Prof. Dr. Dietrich Budäus, Universität Hamburg).

- Handlungsfähige Kommunen als Stützen des Standorts Deutschland: aus der Sicht der Innenpolitik (Dr. Günther Beckstein, MdL, Staatsminister des Innern, Bayern), aus der Sicht der Wirtschaftspolitik (Franz Schuster, MdL, Minister für Wirtschaft und Infrastruktur, Thüringen).

**Informationen und Anmeldung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Telefonnummer (0 22 41) 2 46-5 41 oder Telefax (0 22 41) 2 46-6 32.**

sierbarkeit im Hinblick auf die Gebühren für die Abwasserentsorgung untersucht werden.

- Um Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit des Gewässerschutzes zu vermitteln, ist es auch nötig, das Gebot einer höchstmöglichen Kostentransparenz zu beachten. Hierfür ist eine klare Kostenzurechnung und eine einheitliche Berechnungsweise der kalkulatorischen Kosten (z. B. Anschaffungs- statt Wiederherstellungskosten als Grundlage für die Abschreibung) nötig. Insbesondere ist eine Überprüfung der Kostenstrukturen notwendig, wenn die Abwassergebühren die Sozialverträglichkeit überschreiten.
- Die Länder werden aufgefordert, möglichst kurzfristig eine Gesamtplanung für die Umsetzung der EG-Richtlinie vom 21. 5. 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungskraft der Kommunen und ihrer Bürger aufzustellen. Soweit die Fristen der Richtlinie nicht eingehalten werden können, sollte die Bundesregierung diese Planung möglichst schnell mit der Europäischen Kommission abstimmen und entsprechende Übergangsfriesten vereinbaren.

halten werden können, sollte die Bundesregierung diese Planung möglichst schnell mit der Europäischen Kommission abstimmen und entsprechende Übergangsfriesten vereinbaren.

- Die Länder sollten darüber hinaus verstärkt die gesetzlich geforderten Abwassermaßnahmen mit Steuermitteln fördern und Mittel aus der Abwasserabgabe nach wasserwirtschaftlichen Prioritäten einsetzen. So ist auch an eine Ausdehnung der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern auf die Abwasserentsorgung zu denken. So könnte die Förderung von Abwassermaßnahmen im ländlichen Raum aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie die Förderung von Abwasseranlagen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ herausgenommen und sollten die frei werdenden Mittel in die neue Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung des Gewässerschutzes“ eingestellt werden.



## Das südbadische Waldkirch testet den Euro

**In der südbadischen Kleinstadt Waldkirch können die Bürger im Oktober zum ersten Mal Euro-Geld in den Händen halten.**

Vom 1. bis 13. des Monats gebe die Stadt 3000 Münzen im Nennwert von 3 Euro und 1000 Münzen zu 25 Euro heraus, berichtete Sparkassendirektor Eberhard Hirschbolz. Der Wert eines Euro soll bei zwei Mark liegen.

Die Idee zu der Werbeaktion für die europäische Währungsunion war von der elsässischen Stadt Schlettstadt ausgegangen. Mit dem kommunalen Euro-Geld sollte die seit 30 Jahren bestehende Verschwisterung beider Städte gefeiert werden. Während in der elsäs-

sischen Stadt die Münzen mit aufgetragenen Trachtenmädeln bereits im Mai in Umlauf gebracht werden konnten, scheiterte die „Währungsunion“ in Waldkirch zunächst am Widerstand von Bundesbank und Bundesfinanzministerium.

Inzwischen wurde die Aktion unter der Bedingung genehmigt, daß die Euro-Münzen offiziell nur als Medaillen gelten. Wer mit dem Waldkircher Euro bezahlt, wird darum kein Wechselgeld erhalten. Der Sparkassendirektor befürchtet freilich, daß die einmaligen Euro-Münzen schnell in den Schatullen von Sammlern verschwinden werden.

## „Mitarbeiten, Mitentscheiden, Mitverantworten“

**U**nter diesem Motto findet vom 3. bis 5. Oktober im Kongreßhaus Stadthalle Heidelberg, Neckarstadt 24, die 6. **Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union** statt.

„Wir wollen mit diesem Motto“ – so der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms – „zum Ausdruck bringen, daß nur im Miteinander der Generationen unsere Arbeit gelingen kann, die Aufgaben erfüllt und die Ziele der Senioren-Union erreicht werden können.“

Zum Programm schreibt Bernhard Worms in seiner Einladung zur Bundesdelegiertenversammlung: „Gemeinsam werden wir in Heidelberg Konzepte erarbeiten, zukunftsweisende Strategien entwickeln, Rückschau auf die geleistete Arbeit halten und nach neuen Wegen suchen. Mit der Beratung und Beschlußfassung der **Heidelberger Erklärung** wollen wir uns programmatisch erneuern und uns auf die Bundestagswahl 1998 vorbereiten.“

Prominente Gäste und Redner der Bundesdelegiertenversammlung: der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble, Ministerpräsident Erwin Teufel und Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers.